

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236:

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Postleitzahl: 1082

Dienstag, 26. Juli 1966

Blatt 2303

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im August 1966

=====  
26. Juli (RK) Im August sind nachstehende Abgaben fällig:

- 1. August: Überhöhungsabgabe.
- 10. August: Ankündigungsabgabe für Juli, Getränkesteuer für Juli, Gefrorenessteuer für Juli, Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Juli.
- 14. August: Anzeigenabgabe für Juli, Ortstaxe für Juli.
- 15. August: Lohnsummensteuer für Juli, Grundsteuer zu einem Viertel ihres Jahresbetrages, wenn dieser 200 Schilling übersteigt,
- 25. August: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte August.

- - -

## Rundfahrten "Neues Wien"

=====  
26. Juli (RK) Donnerstag, 28. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volkshaus und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Hochwassergefahr für Wien vorläufig vorbei  
=====

26. Juli (RK) Die Hochwassergefahr für Wien ist vorläufig gebannt. Um 7 Uhr früh wurde bei der Reichsbrücke ein Wasserstand von 7.15 Meter gemessen, der auch am Vormittag nicht mehr höher wurde. Somit ist anzunehmen, daß die Hochwasserwelle im Laufe des heutigen Vormittags an Wien vorbeizieht. Auch in ihrem Oberlauf zeigt die Donau leicht fallende Tendenz, Inn und Enns sogar stark fallende Tendenz. Mit einem Rückgang des Hochwassers ist daher zu rechnen. Falls jedoch wieder Regenfälle eintreten, so könnte in kürzester Zeit eine neue Hochwasserwelle nach Wien gelangen.

Das Juli-Hochwasser hat für unsere Stadt erfreulicherweise auch keine besonderen Überschwemmungen und Hochwasserschäden gebracht. Gestern abend wurden drei Hochwasserexposituren mit Alarmstufe 1, der niedrigsten Alarmstufe, einberufen, und zwar Döbling, Freudenau und Stadlau.

In Döbling war die Kuchelauer Hafens raße überschwemmt, ebenso der Promenadeweg zwischen Donau und Franz Josef-Bahn. Im Bahndurchlaß Nußdorf mußten die Dammbalken eingesetzt werden. In der Freudenau war der Handelskai teilweise überschwemmt, die Donauuferbahn stand zur Gänze unter Wasser. Im Bereich der Straßenbahnlinie 11 kam es bei der Endstation Heustadlwasser zu Dammdurchsickerungen.

In Stadlau machte sich in der Siedlung Kleehäufel starker Wasserandrang bemerkbar, der teils durch das Grundwasser, teils durch Sickerwasser von der Donau her entstand. Auch bei der Hafenbahn Lobau wurden die Dammbalken eingesetzt. Überhaupt ist der Grundwasserstand im Gebiet von Stadlau stark im Steigen (einschließlich Alte Donau und Mühlwasser). Das Grundwasser wird erfahrungsgemäß auch nach dem Rückgang des Wasserstandes im Donaustrom weiter steigen.

Wer war Levasseur?"Volksbefragung" in einer Liesinger Gasse  
=====

26. Juli (RK) Zusammen mit einigen Straßenneubenennungen und Umbenennungen im 23. Bezirk wurde auch die Bahnstraße amtlich neubenannt, um eine Doppelbezeichnung auszuschalten. Sie erhielt den Namen Levasseurgasse nach Dipl.-Ing. Dr. Karl Levasseur, der österreichischer Kurzschriftmeister war und seinerzeit der bedeutendste Systemtheoretiker. Levasseur hat auch eine eigens für die deutsche Sprache besonders geeignete Schreibmaschinentastatur entworfen, die sich jedoch bei der Industrie nicht durchsetzen konnte. Das international genormte Tastenfeld, auf dem wir schreiben, stammt aus dem Jahr 1888 und wurde in Toronto beschlossen. Es hat also vor allem die englische Sprache berücksichtigt. Mit Levasseurs Tastatur hätte man daher in unserem Sprachraum viel schneller schreiben können.

Als vor kurzem eine Wiener Zeitung über die Straßennebenennungen in Liesing schrieb und dabei von mancher Kritik der betroffenen Bewohner berichtete, da dachte sich Prof. Zorn, von Beruf Obermagistratsrat und Leiter des Personaleinsatzes beim Wiener Magistrat, von Berufung aber begeisterter Stenograf und 1. Vorsitzender des Österreichischen Stenografenverbandes, er müsse es der Zeitung nachmachen. So fuhr der Professor ganz privat nach Liesing und stellte in der Levasseurgasse seine höchstpersönliche "Frage zum Tag". Tatsächlich konnten die meisten Bewohner der Gasse nicht sagen, wer Levasseur war.

Prof. Zorn alarmierte sofort die Mitglieder des Österreichischen Stenografenverbandes, und man beschloß, noch in dieser Woche wieder in die Levasseurgasse zu gehen, und alle Bewohner und Geschäftslokale dort zu besuchen. Die Damen und Herren des Stenografenverbandes haben sich vorgenommen, **über** die Persönlichkeit von **Levasseur** aufzuklären, der am 7. Oktober 1903 in Wien geboren wurde und am 15. April 1961 starb. Von Hauptberuf war er Oberrat im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen. Gleichzeitig erhalten alle solcherart "Aufgeklärten" einen Brief, in dem sie zu einem kleinen Preisausschreiben eingeladen werden. Wer den

Erläuterungen zugehört und den Brief genau gelesen hat, kann un-  
schwer die am Schluß gestellten drei Fragen zum Thema "Levasseur  
und Stenografie" beantworten. Jede richtige Einsendung eines  
Levasseurgasse-Bewohners wird mit einem Buchpreis prämiert. Prof.  
Zorn hofft, seine Aktion werde dazu beitragen, daß die Leute ein  
bißchen stolz darauf sind, in einer Gasse zu wohnen, die nach  
einem Wiener benannt wurde, der sich um die Stenografie große  
Verdienste erworben hat. Zumindest aber werden sie die Frage be-  
antworten können: "Wer war Levasseur?"

- - -

Ein weiteres Werk der Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich:

Neue Ketzergasse mit Südbahnunterführung dem Verkehr übergeben  
 =====

26. Juli (RK) Nach der Eröffnung des neuen Erholungszentrums Laxenburg zu Beginn dieses Monats wurde heute früh ein weiteres großes Werk der Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich der Öffentlichkeit übergeben: Der Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien, Vizebürgermeister Felix Slavik, und sein niederösterreichischer Kollege, Landeshauptmann-Stellvertreter Rudolf Hirsch, eröffneten gemeinsam die mit einem Kostenaufwand von 10,88 Millionen Schilling ausgebaute Ketzergasse zwischen der Perchtoldsdorfer Straße und der Brunner Straße im 23. Bezirk. Gleichzeitig mit dem Umbau dieser wichtigen, 1,4 Kilometer langen Verbindung am südlichen Stadtrand Wiens wurde auch eine neue Unterführung unter der Südbahn und der Kaltenleutgebner Bahn im Zuge der Ketzergasse errichtet. Wo früher eine zwar abgeschrankte, aber trotzdem gefährliche und vor allem zeitraubende niveaugleiche Kreuzung der Ketzergasse mit den Bahntrassen bestand, kann man ab heute ohne Aufenthalt durchfahren. Die Kosten für die Unterführung belaufen sich auf rund 20,5 Millionen Schilling.

Da die ausgebaute Strecke der Ketzergasse die Grenze zwischen Wien und Niederösterreich beziehungsweise zwischen Wien und der Gemeinde Perchtoldsdorf bildet, wurde in langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung über eine Kostenbeteiligung Niederösterreichs getroffen. Das Land Niederösterreich steuert 1,9 Millionen Schilling zu den Straßenbaukosten bei, die Gemeinde Perchtoldsdorf trägt mit 175.000 Schilling die Hälfte der Kosten für die Beleuchtung der Ausbaustrecke und der gärtnerischen Gestaltung des Straßenraumes. Die Unterführung liegt zur Gänze auf Wiener Gebiet, so daß hier keine Kostenteilung erfolgte.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten, die im Dezember 1965 begonnen wurden, hat man die Ketzergasse östlich der Südbahn auf sieben Meter, westlich der Südbahn auf 8,5 Meter verbreitert. Die Abstellspuren sind je 2,50 Meter breit. Die Bauarbeiten an der Unterführung wurden bereits im Mai 1964 aufgenommen. Unter

der Bahntrasse ist die Fahrbahn der Ketzergasse acht Meter breit, an beiden Seiten wurde je ein 1,80 Meter breiter erhöhter Gehweg angelegt. Der Durchlaß ist über der Straße 4,5 Meter, über den Gehwegen rund 2,3 Meter hoch. Das neue Kreuzungsbauwerk wurde nach Plänen von Zivilingenieur Alfred Laubenberger errichtet, der die Eröffnung seines Werkes leider nicht mehr miterleben konnte, da er vor einigen Wochen starb.

An der Eröffnungsfeier nahmen neben den beiden Landeshauptmann-Stellvertretern seitens der Stadt Wien die Stadträte Heller, Pfoch, und Dr. Maria Schanmayer, ferner Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller, zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates sowie mehrere Bezirksvorsteher teil. Als Vertreter Niederösterreichs waren Landesrat Resch, Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Müller, Mitglieder des Landtages sowie der Perchtoldsdorfer Bürgermeister Kamtner erschienen.

Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Liesinger Bezirksvorsteher Suttner, der auf die Bedeutung der Ketzergasse als durchgehende Verbindung zwischen der Bundesstraße 17 und Rodaun hinwies und Vizebürgermeister Slavik für sein persönliches Eingreifen in die Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich dankte, ergriff der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Rudolf Hirsch das Wort.

#### Verstärkte Annäherung der beiden Bundesländer

Wie Landeshauptmann-Stellvertreter Hirsch betonte, machen die gemeinsamen Interessen von Wien und Niederösterreich keineswegs an den Landesgrenzen halt, sondern reichen weit darüber hinaus. Zwischen Bürgermeister Marek und Landeshauptmann Dipl.-Ing. Hartmann gab es bereits wiederholt Kontaktgespräche über zahlreiche Fragen, die beide Bundesländer angehen. In den letzten Jahren sind Wien und Niederösterreich einander bedeutend nähergekommen. Das ist jedoch nicht nur den Politikern, sondern vor allem auch der Bevölkerung beider Bundesländer zu verdanken. Hier wie dort ist diese Annäherung aber auch eine Folge der großen gesellschaftlichen und kulturellen Umwälzungen, die auf der einen Seite zu einem gewissen Trend zur Verstädterung geführt haben. Die Mentalität der Landbevölkerung hat sich weitgehend jener der Großstädter angepaßt. Auch der steigende Fremdenverkehr trägt wesentlich

dazu bei; die Motorisierung bringt den Städter aufs Land und die Landbevölkerung in die Stadt, so daß Stadt und Land einander immer näher kommen und einander immer besser kennenlernen. Im großen und ganzen gesehen, gibt es heute jene Mentalitätsunterschiede nicht mehr, die noch 1921 ins Treffen geführt wurden, als man die Trennung zwischen Wien und Niederösterreich durchführte.

Diese Annäherung aber verdichtet und verstärkt auch die gemeinsamen Probleme. Kontakte sind daher das Gebot der Stunde. Mit der Gründung der Laxenburg-Betriebsgesellschaft wurde bereits ein Modell für die Lösung gemeinsamer Fragen geschaffen. Nun ist es unsere Aufgabe, daran anzuknüpfen und nach Lösungsmöglichkeiten für andere Probleme zu suchen. Jeder Landesegoismus und jede parteipolitische Engherzigkeit müssen dabei als unzeitgemäß abgelehnt werden. Es gilt nun, in guter und ehrlicher Zusammenarbeit Vorteile für beide Länder zu erreichen.

Jeder Niederösterreicher ist eigentlich zugleich auch ein wenig ein Wiener. Umgekehrt ist auch jeder Wiener gewissermaßen ein Niederösterreicher. Die Interessen beider überschneiden einander, und deshalb wäre eine starre Scheidung unrealistisch. Die Beziehungen zwischen den Wienern und den Niederösterreichern haben sich bisher in Freiheit entwickeln können. Dies erscheint aber nur dann sinnvoll, wenn sie nicht auseinander, sondern zueinander streben. Der gemeinsame Ausbau der Ketzergasse ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur gutnachbarlichen Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, und so dient diese Straße auch in höherem Sinn der Verbindung und dem Einandernäherkommen zweier Bundesländer.

#### Gerechte Verteilung der Straßenbaugelder notwendig!

Vizebürgermeister Felix Slavik bekannte sich in seiner Eröffnungsrede gleichfalls zur weiteren Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, deren gute "verwandtschaftliche" Beziehungen auch in Zukunft bestehen bleiben und weiter gefördert werden sollen. Denn eine gemeinsame Grenze bedeutet ja keineswegs, daß hüben andere Leute wohnen als drüben.

Im weiteren befaßte sich der Vizebürgermeister mit der rasanten Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs. Heute gibt es in Österreich

achtzehnmal mehr Kraftfahrzeuge als 1937. Während ein Auto damals noch Ausdruck des Wohlstandes und ein Luxusymbol war, benützen heute weite Kreise der Bevölkerung dieses wichtige Verkehrsmittel. In ganz Österreich besitzt jetzt mehr als ein Drittel der Haushalte ein Kraftfahrzeug, in Wien ist dieser Prozentsatz etwas höher. In den nächsten sieben und acht Jahren rechnet man mit einer weiteren Verdoppelung des Kraftfahrzeugbestandes, so daß zu den bisherigen Aufgaben, die keineswegs kleiner geworden sind, noch viele neue dazukommen.

Auf dem Gebiet der Lösung der Verkehrsprobleme stehen Wien und Niederösterreich vor besonderen Aufgaben. Im Zusammenhang mit dem ständig steigenden Fremdenverkehr darf man jedoch nicht übersehen, daß der Fremdenverkehr allein unsere Existenz nicht sichern kann. Im Vordergrund steht nach wie vor der weitere Ausbau der Wirtschaft, denn sie ist unsere Existenzgrundlage.

In Zukunft wird es notwendig sein, nicht nur Verständnis für die Lösung der Verkehrsprobleme aufzubringen, sondern vor allem auch große Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Und hier kommt es auf die richtige Aufteilung der Mittel an. In diesem Zusammenhang muß bedacht werden, daß Niederösterreich zu einem großen Teil den Durchzugsverkehr bewältigen muß, der nach Wien führt. Aber auch an der Grenze von Wien hört die Republik Österreich nicht auf. Die Bundesstraßen nehmen in Wien keineswegs an Bedeutung ab, sondern ganz im Gegenteil noch zu. Die Niederösterreicher haben kein Interesse daran, Wien zu umfahren, und die Wiener sind keineswegs daran interessiert, die Niederösterreicher und die Bevölkerung der übrigen Bundesländer von Wien fernzuhalten. Zur Durchquerung unserer Stadt aber müssen die entsprechenden Straßen vorhanden sein.

Sodann kam Vizebürgermeister Slavik auf das "West-Ost-Gefälle" in Österreich zu sprechen. Dieses Gefälle gibt es nicht deshalb, weil vielleicht die Bewohner der östlichen Bundesländer weniger arbeiten würden als jene im Westen. Es entstand vor allem dadurch, daß die östlichen Bundesländer durch den Krieg und die Besatzungszeit mehr gelitten haben als die westlichen Bundesländer. Wir im Osten mußten bis 1955 zahlreiche Nachteile in Kauf nehmen, Kredite aus dem ERP-Fonds für den Wiederaufbau waren uns verwehrt. Es ist klar, daß diese Nachteile gegenüber dem Vorsprung,

den die westlichen Bundesländer errangen, nicht in kurzer Zeit überwunden werden können. Daraus erwächst aber die Erkenntnis, daß auf dem Gebiete im Osten Österreichs besonders Bedacht genommen werden muß.

Abschließend dankte der Vizebürgermeister allen am Bau Beteiligten und erklärte die Ausbaustrecke mit folgenden Worten für eröffnet: Möge uns dieses Bauwerk für die zukünftige Zusammenarbeit den Weg weisen, wie wir schwierige Probleme gemeinsam lösen können.

Anschließend räumten die beiden Landeshauptmann-Stellvertreter gleichfalls in gemeinsamer Arbeit die Absperrungsbalken beiseite und fuhren die 1,4 Kilometer lange Ausbaustrecke ab.

- - -

#### Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

26. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 2 bis 4 S je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 2 S, Paprika 1 bis 1.50 S je Stück.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 6 bis 8 S, Pfirsiche 6 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Mehrheitsbeschluß der Wiener Landesregierung:Anfechtung des Bundesfinanzgesetzes 1966 beim Verfassungsgerichtshof  
=====Keine Belastung der Wiener Rathauskoalition

26. Juli (TK) In der Sitzung der Wiener Landesregierung unter dem abwechselnden Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel referierte Stadtrat Sigmund einen Antrag auf Anfechtung des Bundesfinanzgesetzes 1966 beim Verfassungsgerichtshof. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialisten angenommen.

In den Erläuterungen zu dem Antrag heißt es, daß sich auch mit dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 verfassungsrechtliche Probleme verbinden, die dem zuständigen Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Im wesentlichen handelt es sich darum, ob jene Bestimmung des Bundesverfassungsgesetzes eingehalten wurde, in der es heißt, daß die Beurkundung von Bundesgesetzen vom Bundeskanzler und von den zuständigen Bundesministern gegenzuzeichnen ist. Weiter geht es um die Frage, ob der Nationalrat im Bundesfinanzgesetz 1966 in verfassungsrechtlich einwandfreier Weise den Finanzminister mit bestimmten Angelegenheiten der Einflußnahme auf die Ansätze des Bundesvoranschlags betraut hat.

Vor der Abstimmung hatte sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel zu Wort gemeldet, der den Standpunkt der ÖVP-Fraktion erläuterte. Durch das Bundesfinanzgesetz sei Wien nicht betroffen, und man solle die Koalition im Wiener Rathaus nicht mit Streitigkeiten auf Bundesebene zwischen Regierung und Opposition belasten. Dies wäre für die Zusammenarbeit nicht gut.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik antwortete darauf, daß es sich hier um sehr grundsätzliche Fragen handelt, nämlich um die Frage der Ermächtigung, und dies sei von Interesse nicht nur für die gesamte Bundesverwaltung, sondern auch für die Länder und Gemeinden. Durch diese Ermächtigungen können starke Veränderungen in einzelnen Ressorts herbeigeführt werden, die sich auf die Länder und Gemeinden auswirken. Im Parlament wurde auch ge-

sagt, es solle eine Klärung herbeigeführt werden, wie weit die Budgethoheit des Parlaments geht und wie weit sie eingeengt werden darf. Er sei daher der Meinung, daß eine Klärung herbeigeführt werden soll.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik betonte jedoch ausdrücklich, daß er darin keine Belastung der Rathauskoalition erblicke. "Wir denken, daß in Wien unsere Zusammenarbeit so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft fortgesetzt werden soll." Er möchte auch nicht, daß der heutige Beschluß als eine Belastung für die Wiener Koalition dargestellt werde.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel nahm "diese wichtige Erklärung mit ehrlicher Genugtuung" zur Kenntnis. Er stellte jedoch nochmals fest, es wäre besser, das Wiener Rathaus mit den Differenzen auf Bundesebene nicht zu belasten.

Hierauf nahm Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel die Abstimmung vor, bei der der Antrag mit den Stimmen der sozialistischen Landesregierungsmitglieder angenommen wurde.

- - -

Isotopen- und Zentrallaboratorium für das Krankenhaus Lainz  
=====

26. Juli (RK) Auf Antrag von Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück genehmigte heute der Wiener Stadtsenat die Errichtung eines Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus Lainz. Radioaktive Isotopen sind bekanntlich für die Diagnostik in der modernen Medizin von großer Wichtigkeit.

Die Kosten für dieses Bauvorhaben betragen 20 Millionen Schilling. Nach Fertigstellung des neuen Gebäudes können die zum Teil schon vorhandenen Einrichtungen dort konzentriert und rationeller angewendet werden.

- - -

Hochwasserberichte im Stadtsenat  
=====

26. Juli (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates berichtete Baustadtrat Kurt Heller über die allgemeine Hochwassersituation in Wien. (Die "Rathaus-Korrespondenz" hat heute darüber bereits auf Blatt 2304 berichtet.)

Stadtrat Pfoch (Öffentliche Einrichtungen) teilte dazu ergänzend mit, daß die Wasserwerksanlagen den Hochwässern überall standgehalten haben. Sowohl im Höllental als auch in Wildalpen kam es zu Überschwemmungen, die jedoch keine Schäden anrichten konnten. Schwierigkeiten gab es nur bei den "Sieben Quellen", die statt der normalen 400 Liter pro Sekunde plötzlich 3.000 sec/Liter "produzierten". Dadurch wurden die Stollenarbeiten im Karlgraben voraussichtlich acht Tage lang stillgelegt.

Die Quelle Stixenstein hat Wassertrübungen gezeigt, die jedoch keineswegs gefährdend sind. In solchen Fällen wird die Quelle sofort abgeleitet und das Wasser fließt in den Bach. Trotzdem sind in Wien aus dem Gebiet Mauer Meldungen von Wassertrübungen eingelangt. Auch im Bereich der 2. Hochquellenleitung haben sich Trübungen gezeigt, weshalb die Wasserwerke auf Empfehlung des Gesundheitsamtes sofort eine stärkere Chlorierung vornahmen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß in einigen Stunden wieder normale Zustände herrschen, betonte Stadtrat Pfoch abschließend.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (Städtische Unternehmungen) schilderte die Schäden, die der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien durch das Hochwasser erlitten hat. Vor allem in Schloßhof stehen viele Felder unter Wasser. Die Gerste ist zu einem guten Teil schon abgeerntet. Die noch auf den Feldern stehende Frucht hat jedoch stark an Qualität eingebüßt. Auch Weizen und Roggen stehen noch auf den Feldern. Die Schadenshöhe ist derzeit nicht feststellbar.

Delegationsleiter des Grazer "Camps der Städtefreundschaft" im Rathaus  
=====

26. Juli (RK) Im Namen des Bürgermeisters begrüßte heute nachmittag Vizebürgermeister Felix Slavik im Roten Salon des Wiener Rathauses die Delegationsleiter des VIII. Internationalen Sommerkinderdorfes "Camp der Städtefreundschaft", das für die Dauer von vier Wochen in einem Grazer Kinderheim eingerichtet ist. In Österreich werden diese Camps von der Österreichischen Gesellschaft für internationale Kinderdörfer veranstaltet. Auf Initiative von Bürgermeister Dipl.-Ing. Scherbaum hat sich heuer die Stadtverwaltung von Graz zum erstenmal aktiv in diese Aktion eingeschaltet und 35 Kinder aus mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland, Hollands, Norwegens, Italiens, Jugoslawiens und der USA eingeladen, im "Camp der Städtefreundschaft" ihre Ferien zu verbringen.

Vizebürgermeister Slavik hieß die Gäste, unter ihnen den Geschäftsführenden Präsidenten der österreichischen Gesellschaft für internationale Kinderdörfer, Stadtrat Sepp Pölzl aus Graz, herzlich willkommen und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt. Die Idee, die Freundschaft zwischen verschiedenen Städten auf diese Weise zu fördern, bezeichnete der Vizebürgermeister als außerordentlich lobenswert, da diese Aktivität sicher wesentlich dazu beiträgt, die herrschenden Spannungen in der internationalen Politik abzubauen.

- - -

## Schweinehauptmarkt vom 26. Juli

=====

26. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 2.748. Jugoslawien 748, Bulgarien 3.565, Ungarn 1.469, DDR 1.003, Summe: 9.533. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 17 bis 17.50 S, 1. Qualität 16.50 bis 17 S, 2. Qualität 16 bis 16.50 S, 3. Qualität 15 bis 16 S, Zuchten extrem 13.70 bis 14 S, Zuchten 12,80 bis 13.50 S. Alt-schneider 11 bis 11.50 S. Ausländische Schweine: Jugoslawien 14.60 bis 15.80 S, Bulgarien 13.70 bis 15.60 S, Ungarn 15.70 bis 16,S, DDR. 14.20 bis 16 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 23 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 16.19 S. Für ausländische Schweine erhöhte er sich um 22 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.93 S. Er erhöhte sich für: bulgarische Schweine um 11 Groschen und beträgt nunmehr 14,28 S, DDR Schweine um 51 Groschen und beträgt nunmehr 15.44 S, jugoslawische Schweine um 41 Groschen und beträgt nunmehr 15.46 S, ungarische Schweine um sieben Groschen und beträgt nunmehr 15.88 S je Kilogramm.

- - -

## Pferdehauptmarkt vom 26. Juli

=====

26. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 41 Stück, hievon ein Esel, und fünf Fohlen.

Als Schlachttiere wurden 35 Stück, als Nutztiere zwei Stück verkauft; unverkauft blieben vier Stück, davon ein Esel.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 16, Oberösterreich 4, Burgenland 8, Steiermark 13.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14.50 bis 17 S, Pferde extrem 11.50 bis 11.80 S, 1. Qualität 10.50 bis 11 S, 2. Qualität 9 bis 10 S, 3. Qualität 6 S. Pferde 11 S, Pferd am Fuß 4.000 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 21 Groschen, für inländische Schlachtfohlen blieb er unverändert. Er beträgt für:

Schlachtpferde 10.53 S, Schlachtfohlen 15.50 S, Schlacht- und Nutzpferde 10.55 S, Pferde und Fohlen 11.24 S.

- - -

Gespräche über Sanierung der Stadtwerke im Wiener Rathaus  
=====

26. Juli (RK) Der "Rathaus-Korrespondenz" wird mitgeteilt:  
"Heute wurden die Gespräche über die Sanierung der Wiener Stadtwerke im Rathaus wiederaufgenommen. Bei der Besprechung wurden Vorschläge der Wiener Stadtwerke beraten und die Notwendigkeit der Kapitalaufstockung sowie der Zuschußleistung der Hoheitsverwaltung erörtert. Nach einer allgemeinen Aussprache über den gesamten Fragenkomplex kam man überein, von den Wiener Stadtwerken weitere Unterlagen anzufordern. Ebenso wird es notwendig sein, für die nächsten Beratungen von der Hoheitsverwaltung konkrete Unterlagen über die Kapitalaufstockung und die Zuschußleistung zu erhalten. Es wurde vereinbart, die Gespräche Anfang September wieder aufzunehmen."

- - -